

Anmerkung:

Die Stadt Bielefeld hat im vergangenen Jahr ihre Richtlinien zu § 24 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 und 2 SGB II geändert. Die textliche Neufassung in ihrer endgültigen Form befindet sich noch in der Abstimmung.

Die Änderungen sind daher zunächst in die bestehenden Richtlinien eingearbeitet worden. Die ab sofort zu berücksichtigenden Richtlinien sind nachfolgend abgedruckt.



1 Allgemeines zu Einmalhilfen

1.1 Grundsatz

Nach § 20 SGB II umfassen die Regelleistungen pauschal den gesamten Bedarf für den Lebensunterhalt mit Ausnahme der gesetzlich geregelten Ausnahmetatbestände. Dazu gehören auch die Einmalhilfen nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 und 2 SGB II.

Die Gewährung einer einmaligen Leistung nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 und 2 SGB II stellt daher eine Ausnahme dar.

Bei der Aufzählung der kommunalfinanzierten möglichen Einmalhilfebedarfe in § 24 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 und 2 SGB II und der bundesfinanzierten möglichen Einmalhilfebedarfe in § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB II handelt es sich um eine abschließende Aufzählung, so dass weitergehende Einmalhilfen nicht möglich sind. Eine Ausnahme gilt nur für Betriebs- und Heizkostenendabrechnungen (vgl. Zf. 2.6 der Richtlinien zu § 22 SGB II) und Umzugskosten (vgl. Zf. 3 der Richtlinien zu § 22 SGB II).

1.2 Einmalhilfen an Hilfesuchende ohne lfd. Leistungsanspruch

1.2.1 Einkommensermittlung

Sind für die Zukunft gleich bleibende wirtschaftliche Verhältnisse wie im Vorjahr anzunehmen, wird auf das Jahresdurchschnittseinkommen abgestellt. Sind wesentliche Änderungen eingetreten, ist das Durchschnittseinkommen von diesem Zeitpunkt an maßgebend (z. B. Eintritt von Arbeitslosigkeit).

1.2.2 Anrechnung des Einkommens

Auf den Einmalbedarf kann das Siebenfache des Einkommensteils der Bedarfsgemeinschaft nach § 7 Abs. 3 SGB II angerechnet werden, das den laufenden Bedarf übersteigt (§ 24 Abs. 3 Satz 3 und 4 SGB II). Im Regelfall ist der siebenfache Einkommensüberhang anzurechnen (zur Ausnahme bei Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen siehe unter Ziff. 2.5.2).

Tritt vor Ablauf von 7 Monaten erneut ein Einmalbedarf auf, so sind die Einkommensteile, deren Einsatz bereits verlangt wurde, nicht erneut anzusetzen.

Vom Antragsteller an die BGW und die Wohnungswirtschaft Bethel geleistete ratenweise Kautionszahlungen sind einkommensmindernd zu berücksichtigen.

2 Einmalhilfen im Detail

2.1 Erstausstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte

2.1.1 Leistungsvoraussetzungen

2.1.1.1 Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe bei Entlassung aus stationärer Einrichtung

Der überörtliche Träger der Sozialhilfe (= Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)) ist für Leistungen aus Anlass der Entlassung aus stationären Maßnahmen sachlich zuständig, soweit er vorher Kostenträger der stationären Maßnahme war. In den übrigen Fällen ist der örtliche Träger der Sozialhilfe bzw. für erwerbsfähige Personen der SGB II-Leistungsträger sachlich zuständig.

Die Einzelheiten zur sog. Startbeihilfe des Landschaftsverbandes aus Anlass der Entlassung aus stationären Maßnahmen sind den jeweils aktuellen [Hinweisen des LWL für die Gewährung von Startbeihilfen](#) zu entnehmen.

Für den Bereich des LWL kann eine Aufstockung der Leistungen, die die Richtlinien des LWL vorsehen, im Einzelfall nur solange beantragt werden, wie der Hilfesuchende noch in der Einrichtung lebt bzw. der Bewilligungsbescheid des LWL noch nicht bestandskräftig ist. Entsteht ein weiterer Bedarf (z. B. für Möbel) erst nach der Entlassung oder erst nach Bestandskraft des Bescheides des LWL, ist der örtliche Träger der Sozialhilfe bzw. für erwerbsfähige Personen der SGB II-Leistungsträger zuständig. Über weitere Beihilfen ist unter Beachtung des Bedarfsdeckungsprinzips zu entscheiden; ggf. ist wegen unwirtschaftlichem Verhalten zu belehren.

Bei anderen sachlich zuständigen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe sind im Einzelfall deren Richtlinien daraufhin zu überprüfen, ob eine Aufstockung auch nach Entlassung bzw. Bestandskraft des Bewilligungsbescheides noch möglich ist.

2.1.1.2 Generelle Voraussetzungen

Die Gewährung einer Erstausstattung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte ist an zwei Grundvoraussetzungen geknüpft:

- 1.) Es liegt ein **Erstausstattungsbedarf** vor und **kein Erhaltungs- und Ergänzungsbefehl**

Der Bedarf für eine einmalige Hilfe für eine Wohnungsausstattung ist grundsätzlich abzugrenzen von dem Bedarf, der bereits durch die Regelleistung abgegolten ist. Entscheidendes Merkmal für diese Unterscheidung ist der **Auslöser** des jeweiligen Bedarfs:

- Ist der Auslöser ein **besonderes Ereignis** (z. B. ein Umzug nach Trennung oder Scheidung oder ein Teil-/Verlust durch Wohnungsraumung oder Wohnungsbrand), das dazu führt, dass ein Ausstattungsgegenstand angeschafft werden muss, der faktisch nicht (mehr) vorhanden ist, so handelt es sich um einen **Ausstattungsbedarf nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 SGB II**.
Da das auslösende Ereignis nicht regelhaft vorkommt, kann und muss es vom Hilfebedürftigen bei seiner Finanzplanung (durch Ansparen auf der Grundlage der Regelleistung) nicht berücksichtigt werden.
- Ist der Auslöser für den Bedarf (im Unterschied zu dem besonderen auslösenden Ereignis) hingegen **Verschleiß oder Abnutzung durch alltäglichen Gebrauch**, so ist dies ein Bedarf, mit dem der Hilfebedürftige rechnen muss. Er muss diesen Bedarf daher **aus der Regelleistung bestreiten** und sich – z. B. durch die Bildung von Rücklagen – darauf einstellen. Zur Ergänzung der vorhandenen Wohnungsausstattung (z. B. bei defekten Möbeln) sind Einmalhilfen daher ausgeschlossen. Dies gilt z.B. auch für den Ersatz oder die Reparatur defekter großer Elektrogeräte.

Ebenfalls unter Erhaltungs- und Ergänzungsbedarf fallen Einrichtungsgegenstände, deren Beschaffung aufgrund des Wachstums von Kindern notwendig ist (z. B. die Anschaffung eines Schülerschreibtisches). Auch hier handelt es sich um Bedarfe, die regelhaft auftreten und somit vorhersehbar und planbar sind.

Beihilfen zur Einrichtung nur eines Zimmers einer Wohnung (z.B. nach dem Auszug eines Kindes, das seine Möbel mitnimmt) sind keine Erstaussattung einer Wohnung, sondern nur eines Zimmers: Beihilfen sind in diesem Fall ebenfalls nicht möglich.

(Anmerkung: Für einen Erhaltungs- und Ergänzungsbedarf, der grundsätzlich aus der Regelleistung zu finanzieren ist, kommt ggf. ersatzweise ein Darlehn nach § 24 Abs. 1 SGB II in Betracht.)

- 2.) Der Einzug, Auszug bzw. Umzug war **notwendig** im Sinne von § 22 SGB II und eine **Zusicherung** zur Übernahme der Kosten der Unterkunft ist erteilt worden.

Für einen Erstbezug oder den Verlust von Einrichtungsgegenständen, die einen Bedarf für eine Wohnungserstaussattung begründen, kommen folgende Fallkonstellationen in Betracht:

1.) Erstbezug einer Wohnung ohne eigenen Hausstand, z.B.

- Auszug aus der elterlichen Wohnung, wenn die Zusicherung gemäß § 22 Abs. 5 SGB II erteilt worden ist

Anmerkung: Für Personen U 25 ohne vorherigen ALG II-Bezug ist eine Erstaussstattung nur dann zu gewähren, wenn zum Zeitpunkt der Gründung des eigenen Haushaltes bei lebensnaher Betrachtungsweise realistisch davon auszugehen war, dass die Wohnung auf Dauer finanziert werden konnte.

- Erstanmietung einer Wohnung nach der Unterbringung in einer Einrichtung (Übergangsheim/Obdachlosenunterkunft)
- Neubezug aus Untermieterverhältnissen oder möbliertem Wohnraum
- Bezug einer Wohnung nach Haftentlassung
- Zuzug aus dem Ausland
- Neubezug nach Aufenthalt im Frauenhaus

2.) Umzug, bei dem i. d. R. bereits Teile einer Wohnungsausstattung vorhanden sind, aber umzugsbedingt ein – neuer – Bedarf entsteht, z.B.

- Umzug infolge von Trennung oder Scheidung (Achtung: Regelungen zur Hausratteilung beachten)
- Umzug in eine größere Wohnung
- Umzug in eine Wohnung mit anderer Ausstattung (z. B. kein Herd vorhanden)

3.) Verlust von Teilen oder der gesamten Wohnungsausstattung aufgrund eines besonderen Ereignisses bzw. Lebenssachverhaltes, z.B.

- Verlust durch einen Wohnungsbrand
- Verlust durch eine Wohnungsräumung mit anschließender Verwertung der Gegenstände durch den Gerichtsvollzieher
- Verbleib in einer ehemals gemeinsamen Wohnung nach Trennung oder Scheidung, wenn der gemeinsame Hausstand aufgelöst wird und in der Folge wesentliche Teile der Wohnungsausstattung fehlen (Achtung: Regelungen zur Hausratteilung beachten)

Bei diesen Erstaussstattungen ist es unschädlich, wenn noch einzelne Einrichtungsgegenstände vorhanden sind (z. B. Gegenstände aus dem Aufenthalt im Übergangsheim mitgenommen werden können), da es sich begrifflich noch immer um eine Erstaussstattung handelt.

Zur Frage, ob es sich tatsächlich um eine Erstaussstattung handelt und in welchem Umfang ein Bedarf besteht, ist (im Zweifel) der Außendienst des Jobcenters Arbeit^{plus} Bielefeld im Team 639 mit Vordruck 436 einzuschalten.

Zum Bedarf an Einrichtungsgegenständen bei Geburt eines Kindes siehe Ziff. 2.4.

2.1.2 Leistungsumfang

Erstausstattungsbedarf für die Wohnungseinrichtung kann nur Gegenstände betreffen, die für eine **geordnete Haushaltsführung** notwendig sind. Unter Berücksichtigung des Kriteriums der „geordneten Haushaltsführung“ setzen sich Inhalt und Umfang der Erstausstattung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 SGB II **maximal** aus folgenden Bestandteilen zusammen:

Bestandteil	Betrag		Anmerkungen/ Einschränkungen
Wohnungseinrichtungspauschale			<p>Aus der Wohnungseinrichtungspauschale ist die gesamte Einrichtung einschl. kleiner Elektrogeräte (Bügel-eisen, Staubsauger etc.) zu finanzieren.</p> <p>Die Wohnungseinrichtungspauschale beinhaltet eine Pauschale für eine Haushaltsgrundausrüstung, mit der sämtliche Ausstattungsgegenstände (z.B. Gardinen, Bettwäsche etc.) abgegolten sind.</p> <p>Von der Wohnungseinrichtungspauschale nicht abgedeckt ist nur der Bedarf an den nachstehend genannten großen Haushaltsgeräten.</p>
- für Alleinstehende bzw. - bei Bedarfsgemeinschaften für den Haushaltsvorstand/ die 1. volljährige Person	1.050,00 €		
- bei Bedarfsgemeinschaften für den Ehe- oder Lebenspartner/die 2. volljährige Person	400,00 €		
- bei Bedarfsgemeinschaften für jedes minderjährige oder volljährige Kind (nicht für Neugeborene)	450,00 €		
Große Haushaltsgeräte	Sachleistung	Geldleistung (incl. Anlieferung)	
Fernseher		0,00 €	Kein Leistungsanspruch mehr (BSG-Urteil vom 24.02.11 (B 14 AS 75/10 R))
Kochplatte		31,95 €	
Kompaktküche		249,00 €	
Kühlschrank klein (als Sachleistung lieferbar)	149,54 €	170,00 €	
Kühlschrank groß (als Sachleistung lieferbar)	196,11 €	220,00 €	Großer Kühlschrank erst ab 5-Personen-Haushalt.
Elektroherd (als Sachleistung lieferbar)	156,40 €	180,00 €	
Gasherd (als Sachleistung lieferbar)	232,88 €	220,00 €	

Große Haushaltsgeräte	Sachleistung	Geldleistung (incl. Anlieferung)	
Waschmaschine (als Sachleistung lieferbar)	200,40 €	220,00 €	<p>Bei Mehrpersonenhaushalten kommt eine Waschmaschine nur in Betracht, wenn der Vermieter keine Gemeinschaftswascheinrichtungen zur Verfügung stellt.</p> <p>Bei Alleinstehenden kommt eine Waschmaschine nur in Betracht, wenn der Vermieter keine Gemeinschaftswascheinrichtungen zur Verfügung stellt und</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine medizinische Notwendigkeit zur Nutzung einer eigenen Waschmaschine besteht oder - die Verweisung auf einen Waschsalon aus schwerwiegenden subjektiven (persönlichen) Gründen im Einzelfall nicht möglich oder zumutbar ist.
Abluft-Trockner		190,00 €	Ein Wäschetrockner kommt nur in Betracht, wenn eine Trocknungsmöglichkeit (Keller, Boden) durch den Vermieter nicht zur Verfügung gestellt wird und andere Trocknungsmöglichkeiten in der Wohnung nicht vorhanden (z.B. Balkon) oder nicht nutzbar (z.B. Bad ohne Fenster) sind. In jedem Fall ist der Außendienst des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld im Team 639 zur Bedarfsfeststellung einzuschalten.
Kondens-Trockner (als Sachleistung lieferbar)	269,65 €	220,00 €	

Zu beachten ist:

- Welche Bestandteile der vorstehenden Aufstellung im Einzelfall tatsächlich benötigt werden, stellt der Außendienst des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld im Team 639 fest; auf die Einschaltung des Außendienstes ist nur zu verzichten, wenn der Bedarf anderweitig festgestellt werden kann.
- Für Gegenstände, die laut Mietvertrag Bestandteil des Mietobjektes sind (z.B. Herd oder Kühlschrank), kommt die Gewährung einer einmaligen Leistung nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 SGB II nicht in Betracht.

- Wird keine komplette Wohnungseinrichtung benötigt, weil die Wohnungsausstattung weitgehend oder in Teilen noch vorhanden ist (z.B. aufgrund einer Hausratteilung bei Scheidung), kommt die Gewährung einer Wohnungseinrichtungspauschale nicht in Betracht. In diesem Fall sind
 - entweder entsprechende Abzüge vom Betrag der Wohnungseinrichtungspauschale vorzunehmen
 - oder die entsprechenden Beträge für die benötigten einzelnen Ausstattungsgegenstände zu bewilligen.

Zur Berechnung sind anliegende Übersichten zu nutzen, denen bei Bedarf auch entnommen werden kann, wie sich die Wohnungseinrichtungspauschale oder die darin befindliche Haushaltsgrundausrüstung zusammensetzt:



Wohnungseinrichtungspauschale - Zusammenfassung



Haushaltsgrundausrüstung - Zusammenfassung

- Leistungen für die vorstehend genannten großen Haushaltsgeräte werden auf Antrag bei Bedarf zusätzlich zur Wohnungseinrichtungspauschale gewährt. Besteht ein solcher Bedarf, kann hierfür eine Sach- oder Geldleistung gewährt werden.

Werden große Haushaltsgeräte benötigt, die über den Außendienst als Sachleistung lieferbar sind (siehe dazu die entsprechenden Eintragungen in vorstehender Tabelle), ist grundsätzlich die Zurverfügungstellung als Sachleistung vorzunehmen. Lehnt der Leistungsberechtigte die Zurverfügungstellung als Sachleistung ab, **ist nur der Betrag aus der Spalte „Sachleistung“ als Geldleistung** zu gewähren. Die Beträge aus der Spalte „Geldleistung“ kommen nur dann in Betracht, wenn eine Sachleistung faktisch nicht möglich ist (z.B. bei einem Fernseher).

Die Preise der Geldleistung verstehen sich incl. Anlieferungskosten. Entstehen für den Anschluss von Elektroherd, Gasherd oder Waschmaschine Kosten, sind diese nach Vorlage der Rechnung in tatsächlicher Höhe zusätzlich zu übernehmen.

- Unterschreitet der ermittelte Bedarf für die Erstausrüstung der Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte ausnahmsweise einen Wert von 8 % der jeweiligen Regelleistung, ist die Gewährung einer einmaligen Leistung nach § 24 Abs. 3 Satz Nr. 1 SGB II ausgeschlossen (Bagatellgrenze).

2.1.3 Vorrangige Ansprüche

Insbesondere im Fall des Hausratverlustes durch Wohnungsbrand ist zu prüfen, ob eine Bedarfsdeckung durch die Hausratversicherung und/oder die Wohngebäudeversicherung (des Vermieters) zu erreichen ist.

Ist eine Vorleistung erforderlich, sind bestehende Schadenersatzansprüche zu verfolgen.

2.2 Erstausstattungen für Bekleidung

2.2.1 Leistungsvoraussetzungen

Die Gewährung einer einmaligen Beihilfe für Bekleidung kommt nur in Betracht, wenn der Bedarf durch ein besonderes Ereignis entsteht, das nicht regelmäßig vorkommt und das vom Leistungsempfänger deshalb bei seiner Finanzplanung (auf der Grundlage der Regelleistungen) nicht berücksichtigt werden kann.

Ist der Auslöser für den Bedarf dagegen Verschleiß oder Abnutzung durch täglichen Gebrauch, so ist dies ein Bedarf, mit dem der Leistungsempfänger rechnen muss. Er muss ihn daher aus der Regelleistung bestreiten und sich – z.B. durch Bildung von Rücklagen – darauf einstellen.

Erstausstattungen für Bekleidung kommen demnach nur in Betracht

- bei Gesamtverlust der Bekleidung (z.B. durch Wohnungsbrand) oder
- bei neuem Bekleidungsbedarf auf Grund außergewöhnlicher Umstände, z.B. bei
 - ärztlich attestierter krankheitsbedingter plötzlicher Gewichtszunahme oder Gewichtsabnahme von mehr als 25 % des Ursprungsgewichtes,
 - Zuzug aus dem Ausland, wenn dadurch eine ausreichende Ausstattung nicht (mehr) vorhanden ist oder
 - Haftentlassung, wenn nicht bereits durch die JVA aufgrund gesetzlicher Verpflichtung ausreichende Bekleidungsstücke zur Verfügung gestellt wurden.

2.2.2 Leistungsumfang

Bei Vorliegen der Leistungsvoraussetzungen kommt eine Beihilfegewährung in folgender Höhe in Betracht:

- | | |
|---|----------|
| ○ für Kinder von 7 Monate bis 6 Jahren | 225,00 € |
| ○ für Kinder von 7 Jahren bis 15 Jahren | 220,00 € |
| ○ für Personen ab 16 Jahren weiblich | 220,00 € |
| ○ für Personen ab 16 Jahren männlich | 210,00 € |

2.2.3 Vorrangige Ansprüche

Insbesondere im Fall des Bekleidungsverlustes durch Wohnungsbrand ist zu prüfen, ob eine Bedarfsdeckung durch die Hausratversicherung und/oder die Wohngebäudeversicherung (des Vermieters) zu erreichen ist.

Ist eine Vorleistung erforderlich, sind bestehende Schadenersatzansprüche zu verfolgen.

2.3 Erstausstattungen bei Schwangerschaft

Besteht eine Schwangerschaft, kommt die Gewährung einer Beihilfe für Schwangerschaftsbekleidung in Betracht.

Die Beihilfe für die Schwangerschaftsbekleidung ist mit Beginn der Anerkennung des Mehrbedarfs wegen Schwangerschaft auszuführen; sie beträgt:

- Erstausstattung für Bekleidung bei Schwangerschaft 130,00 €
(einschließlich Stillbedarf ab der 13. Schwangerschaftswoche)

2.4 Erstausstattungen bei Geburt

Bei Geburt eines Kindes kommt die Gewährung einer Beihilfe für eine Erstausstattung in Betracht; sie beträgt:

- Erstausstattung anlässlich der Geburt eines Kindes 500,00 €
(Babypauschale)

Die Babypauschale von 500 € deckt **alle** geburtsbedingten Bedarfe ab, wie z.B. Säuglingsausstattung und Babybekleidung, Kinderwagen, Kinderbett oder Wickeltisch. Sie wird in **drei Teilbeträgen** ohne gesonderte Antragstellung ausgezahlt. Der erste Teilbetrag ist bereits vor Ende der Schwangerschaft, der zweite unmittelbar nach der Geburt und der dritte sechs Monate nach der Geburt zu gewähren. Die Pauschale wird wie folgt ausgezahlt:

- Babypauschale 1. Teilbetrag 200,00 €
(Säuglingsbedarf, ab der 32 SSW auszuführen)
- Babypauschale 2. Teilbetrag 130,00 €
(Säuglingsbedarf, bei Geburt auszuführen)
- Babypauschale 3. Teilbetrag 170,00 €
(Säuglingsbedarf, 6 Monate nach der Geburt auszuführen)

Bei einer zeitlichen Nähe (bis 3 Jahre) der aufeinander folgenden Geburten ist zu prüfen, ob entsprechende Bedarfsgegenstände im Haushalt noch vorhanden sind und nicht mehr von dem zuvor geborenen Kind zwingend benötigt werden. Um diese Anteile ist die Babypauschale zu kürzen. Zur Berechnung ist anliegende Übersicht zu nutzen:



Erstausstattung bei
Geburt - Einzelelementer

Sofern schwangere Frauen Zuwendungen der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ erhalten, bleiben diese Leistungen bei den Einmalhilfen nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Alt. 2 SGB II unberücksichtigt. Zwischen den Stiftungsleistungen und den Sozialleistungen nach SGB XII bzw. SGB II besteht keine Zweckidentität. Die Stiftungsleistungen werden als freiwillige Leistungen zusätzlich zu anderen gesetzlichen Sozialleistungen mit der Zielsetzung gewährt, werdenden Müttern, die sich in einer Notlage an eine Schwangerschaftsberatungsstelle wenden, Mittel für ergänzende Hilfen zur Verfügung zu stellen, um ihnen die Fortführung der Schwangerschaft zu erleichtern. Nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ ist eine Anrechnung als Einkommen bei Sozialleistungen ausdrücklich ausgenommen. Im Gegensatz zu den Leistungen der Bundesstiftung dienen die Leistungen der Sozialhilfe der Sicherung des Existenzminimums der Leistungsberechtigten. Es besteht somit kein Vorrang-/Nachrangverhältnis gegenüber der Sozialhilfe; die Stiftungsleistungen sind daher weder als Einkommen noch bedarfsmindernd zu berücksichtigen.

Nachfolgend:
Übergangsregelungen zur Gewährung von einmaligen Leistungen für
mehrtägige Klassenfahrten bis zum Inkrafttreten der städtischen Richtlinien
zu § 28 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 SGB II

2.5 Mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen

Es sind nur Einmalhilfen für mehrtägige Schulfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen möglich: Der Bedarf für alle sonstigen schulischen Veranstaltungen und weitere im Zusammenhang mit Klassenfahrten entstehenden Kosten (z.B. besondere Bekleidung, Koffer) werden von der Regelleistung abgedeckt, so dass für diese Zwecke keine Einmalhilfen möglich sind.

Die Einmalhilfen für Klassenfahrten werden über das Amt für Schule der Stadt Bielefeld, Abteilung Schulverwaltung, Abschnitt Wirtschaftliche Leistungen Schulen/Schüler (Amt 400) abgewickelt.

Die Beantragung erfolgt mittels [Vordruck „Antrag auf einen Zuschuss der Stadt Bielefeld zu den Kosten einer mehrtägigen Schulfahrt bzw. Schulwanderung nach den jeweils gültigen schulrechtlichen Bestimmungen für Schü-](#)

[ler/innen mit Wohnsitz in Bielefeld](#)*. Die Vordrucke sind in den Schulbüros erhältlich.

2.5.1 Verfahren

2.5.1.1 Verfahren in Fällen mit laufendem ALG II-Anspruch

Nachdem die allgemeinen Angaben und der Finanzierungsplan auf der Vorderseite des Vordruckes von der Schule bescheinigt wurden, sind die ergänzenden Angaben auf der Rückseite von den Eltern der Schülerin/des Schülers vorzunehmen. Der aktuelle Leistungsbescheid ist dem Antrag beizufügen und die Unterlagen an die Schule zurückzugeben.

2.5.1.2 Verfahren in Fällen ohne laufenden ALG II-Anspruch

Werden keine laufenden Leistungen erbracht, ist eine ALG II-Bedarfsberechnung ([Vordruck 0001.xls](#)) vom zuständigen pAp Passiv des Jobcenters Arbeit*plus* Bielefeld vorzunehmen. Hierzu sind von den Eltern alle relevanten und aktuellen Unterlagen zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie zu den KdU/KdH anzufordern.

Antragsvordruck und ALG II-Berechnung sind im Anschluss von den Eltern wieder bei der Schule einzureichen.

Die Schule prüft die Vollständigkeit und leitet die Anträge gesammelt (frühestens 2 – 3 Monate vor der Fahrt) an das Amt für Schule der Stadt Bielefeld, Abteilung Schulverwaltung, Abschnitt Wirtschaftliche Leistungen Schulen/Schüler (Amt 400) weiter.

2.5.2 Entscheidung über den Antrag

Das Amt für Schule entscheidet über den Antrag:

- Anspruchsberechtigte mit laufenden Leistungen nach dem SGB II erhalten eine volle Kostenübernahme.
- Soweit keine laufenden Leistungen nach dem SGB II bezogen werden, kommt evtl. die Gewährung eines Zuschusses zur Klassenfahrt unter Anrechnung eines 2-fachen Einkommenseinsatzes in Betracht.

Die übernommenen Kosten werden dem Jobcenter Arbeit*plus* Bielefeld nach Auszahlung der Leistung in Rechnung gestellt. Der jeweilige Betrag ist unter Angabe der mitgeteilten Buchungs- und Rechnungsnummern dem Amt für Schule der Stadt Bielefeld, Abteilung Schulverwaltung, Abschnitt Wirtschaftliche Leistungen Schulen/Schüler (Amt 400) zu erstatten.